

Am 17. September:
Die Linke.PDS
Abgeordnetenhaus
und BVV: **Liste 3**



Vor dem Endspurt

Von Michael Stadler, stellvertretender Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS und Wahlkampfleiter

Mit oder ohne tropische Temperaturen stehen wir vor einem heißen Wahlkampf. Wir wollen für Berlin 17%+X erreichen und im Stadtbezirk unsere Position als stärkste Partei verteidigen. Erklärtes Ziel unserer politischen Konkurrenten ist es, unsere absolute Mehrheit in der BVV zu brechen. Die SPD spekuliert mit der Eroberung des einen oder anderen Direktwahlkreises. Dabei sind unsere Mitbewerber in der Wahl der Mittel nicht zimperlich.

Wir aber brauchen uns unserer absoluten Mehrheit in Lichtenberg nicht zu schämen. Wir haben die anderen mitgenommen auf dem Weg zu einem Lichtenberger Bürgerhaushalt. Wir haben mit Christina Emmrich eine Bürgermeisterin, deren Kompetenz weit über die Grenzen unseres Stadtbezirkes geachtet und gefragt ist. Wir haben das Rederecht für Bürgerinnen und Bürger in der BVV durchgesetzt. All dies und vieles mehr, wovon in der Bilanzbrochure unserer BVV-Fraktion zu lesen ist, berechtigt uns zu sagen: Wir können es, und wir wollen weitermachen! Das verlangt vor allem von denjenigen, die sich zur Wahl für das Abgeordnetenhaus, aber auch für die BVV stellen, hohes Engagement und eine enge Zusammenarbeit mit den Genossinnen und Genossen vor Ort.

Wir wollen im Wahlkampf mit unseren politischen und personellen Angeboten überzeugen und nicht mit der Anzahl der Plakate, wie es die SPD offensichtlich wieder vorhat. Wir werden um jede Stimme einen engagierten und vor allem öffentlichkeitswirksamen Wahlkampf führen – je näher der Wahltag, desto intensiver.

Sommer, Sonne, Politik

Bei Sonnenschein und hochsommerlichen Temperaturen feierte ein bunt gemischtes Publikum unter dem Motto „Rote Karte dem Rassismus! – Für ein antifaschistisches Lichtenberg“ am 10. Juni in der Parkaue.

Doch die Jugendlichen tanzten nicht nur wild zur Musik der sieben Berliner Rock- und Ska-Bands; der politische Aspekt von „Rock für Links“ fand ebenso großes Interesse.

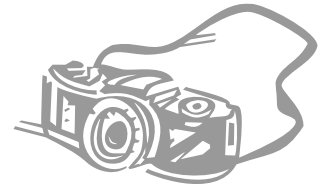
So unterschrieben Hunderte für die Bleiberechtskampagne von Pro Asyl, die für langjährig in Deutschland lebende Menschen ein Bleiberecht fordert. Auch die Ausstellung des „Bündnis Kein Vergessen“ über das ehemalige Sinti- und Roma-Zwangsarbeiterlager in Berlin-Marzahn war ständig von aufmerksam lesenden Besucherinnen und Besuchern umstellt. An den Informationsständen rund um die Tanzfläche präsentierten sich zahlreiche

politische Initiativen und lokale Gruppen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen.

Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch freute sich, dass mit großer finanzieller Unterstützung der Linkspartei junge Mitglieder gemeinsam mit [‘solid] und dem Jugendbündnis ALKALIJ „Rock für Links“ bereits zum 11. Mal selbst organisierten. Landesvorsitzender Klaus Lederer und Abgeordnetenhaus-Mitglied Evrim Baba mischten sich unter die 5000 Gäste und beantworteten Fragen. Sie versicherten, ihr Engagement gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische alternative Kultur gemeinsam mit vielen anderen fortzusetzen. So will die Lichtenberger Linkspartei beispielsweise in den nächsten Jahren neue selbstbestimmte Jugendzentren in Karlshorst, im Weitling- und im Welse-Kiez ermöglichen. [‘solid]-Lbg (gw/jb)

In dieser Ausgabe

- Bildung behält Vorfahrt (Seite 3)
- Infos zu Bürgerbegehren und Volksentscheid (Seite 4)
- Kandidaten für das Abgeordnetenhaus stellen sich vor (Seite 6)
- Gesine Lötzsch: Aus der Rede zum Bundeshauhalt (Seite 7)



Bei Richard Sorge in Moskau

Wer fährt überhaupt noch nach Russland? Politiker und Geschäftsleute, um Profit für multinationale Konzerne zu machen? Vertreter von Kirchen oder karitativen Wohlfahrtsverbänden mit ihren Almosen? Als echter Freund des Landes kann man diese Entwicklung nur mit Unruhe verfolgen, denn unsere Solidarität ist eine andere. Doch viele wollen sich ihr Bild von der Sowjetunion, ihre Erinnerungen nicht zerstören lassen. Subjektiv Erlebtes, nicht das politisch gerade Opportune gibt dafür den Ausschlag.

Gibt es denn Möglichkeiten, der Kultur, der Natur und den russischen Menschen zu begegnen? Nicht nur Reisen zur Zarenpracht für Betuchte? Ja, es gibt sie. So vermittelt das Museum in Karlshorst Gedenkstättenfahrten auf den Spuren der Wehrmacht. Freundschaftsgesellschaften verbinden Solidarität mit interessanten Begegnungen. Und es gibt erschwingliche Urlaubsreisen in das Land, dorthin, wo der Kommerz noch nicht alles beherrscht.

Mit solchen Gedanken trat eine kleine linke Gruppe aus Berlin und Brandenburg eine Schiffsreise auf der Wolga an. In gewohnter Weise empfing uns russische Gastlichkeit. Junge, hochqualifizierte Dolmetscherinnen



Foto: privat

Am Richard-Sorge-Denkmal in Moskau

brachten uns die Kultur des „Goldenen Ringes“ – der altrussischen Städte östlich von Moskau – nahe. Ein Tag Aufenthalt in Moskau führte vier von uns auch in das Richard-Sorge-Museum, von dessen Existenz wir kurz zuvor erfahren hatten. An der Straßenecke steht sogar ein Denkmal. Dr. Richard Sorge war jener legendäre Kundschafter, der aus Tokio vor dem Überfall auf die Sowjetunion am

22. Juni 1941 warnte. Aber wie alle anderen Warnungen schlug Stalin auch diese in den Wind. Als die Wehrmacht im Winter vor Moskau stand, teilte Sorge mit, dass Japan nicht angreifen würde. So konnten Truppen aus Fernost abgezogen werden. 1943 flog Sorges Tarnung auf, die Japaner verurteilten ihn zum Tode, boten aber einen Austausch an. Stalin lehnte ab. Und so starb Richard Sorge im November 1944.

Der erste Kontakt mit dem Museum: Der 90-jährige Viktor Botschkarjow besuchte uns in der Kabine, körperlich frisch und geistig rege, mit großem Interesse für die Entwicklung in unserem Land. Als Mitarbeiter der Militärischen Aufklärung hatte er auch in der DDR gearbeitet, und er hat das Museum von Anfang an begleitet. Es befindet sich in der Moskauer 141. Schule, aus der es 1967 hervorgegangen war, eine ehemalige Lehrerin leitet es bis heute. Liebevoll werden die Exponate über das Leben und Wirken Sorges gepflegt, Kontakte mit aller Welt sind dokumentiert.

Seit dem Ende der DDR war unser Besuch aber der erste von Deutschen. Entsprechend herzlich wurden wir begrüßt. Früher waren die gegenseitigen Beziehungen sehr eng, es gab einen regen Briefwechsel. Das alles ist abgebrochen. Das Museum und die Schule möchten solche Verbindungen wieder herstellen. Ich würde das gern vermitteln.

Inge Junginger

Bundestag zu Gast

Vom 25. bis 31. August ist der Deutsche Bundestag im Hohenschönhausener „Lindencenter“ zu Gast. Die Initiative dazu hatte Dr. Gesine Löttsch, die das Bundestagsmandat in diesem Wahlkreis gewann. Große Schautafeln und Info-Computer informieren über die Arbeit, Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments.

Zur Eröffnung am 25. August schneidet Gesine Löttsch zusammen mit Bürgermeisterin Christina Emmrich und Centermanagerin Joanna Fisher eine Torte in Form des Reichstages an; ab 17 Uhr können sich Schüler über „Ein Jahr in die USA“ informieren (→ siehe Kasten). „Grundlage ist das deutsch-amerikanische Parlamentarische Patenschafts-Programm, das auch Jugendlichen aus meinem Wahlkreis eine Chance gibt“, erklärt Gesine Löttsch. Auch ehemalige Austauschschüler sind dabei und können befragt werden. Am Montag, dem 28. August, stehen ab 16 Uhr Bundestagsmitglieder aller Fraktionen Rede und Antwort. Am Dienstag, dem 29. August,

hält Gesine Löttsch von 17 – 18 Uhr ihre Bürgersprechstunde im Lindencenter ab.

Den Abschluss des Programms bildet eine Inforunde am 31. August ab 17 Uhr, u. a. mit der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und Kersten Naumann, Vorsitzende des Petitionsausschusses. Fragen willkommen! Für Gesine Löttsch ist der Weg zum Bürger selbstverständlich: „Hier werde ich gewählt und hier mache ich meine Arbeit“.

Norman Wolf

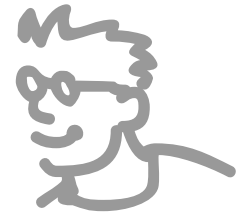
Austauschjahr

Für das Austauschjahr 2007/2008 können sich Schüler mit guten Schulleistungen bewerben, die am 31.7. mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sind (Geburtsstage vom 1.8.1989 bis 31.7.1992) und junge Berufstätige, die nach dem 31.7.1984 geboren sind, auch arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung. Bewerbungsstichtag für das Austauschjahr 2007/2008 ist der 1. September. **Infotelefon: 9927 0725**

Nöldner neu ehren

„Es wird höchste Zeit, dass hier in der Victoriastadt wieder an Erwin Nöldner erinnert wird“, sagte Dagmar Müller vom Kiezbeirat Victoriastadt vor dem letzten Wohnsitz des antifaschistischen Widerstandskämpfers in der Türschmidtstraße 16. Hier erinnerte bis 1991 eine Tafel an den Bauschlosser, der u. a. Mitglied der Widerstandsgruppen Robert Uhrig und Jacob Bästlein und deren Verbindungsmann zum Weißenseer Betrieb Auert gewesen war. Er wurde wie andere Lichtenberger verraten und am 6. November 1944 hingerichtet. „Die bis 1996 angebrachte Ersatztafel ist mit dem Neubau des Hauses verschollen“, so Dagmar Müller. Und Michael Grunst ergänzt: „Kiezsanierung bedeutet ja nicht, solche Erinnerungen zu tilgen.“ Er hat in der BVV einen Antrag eingebracht, den aufrechten Antifaschisten bei der Neugestaltung des Nöldnerplatzes dort mit einer Tafel oder einem Gedenkstein öffentlich zu würdigen. Der Platz trägt seit 1947 den Namen Erwin Nöldners.

Joachim Pampel



Bildung behält Vorfahrt

„info links“ befragte den Stadtrat für Bildung, Jugend und Sport, Michael Räßler-Wolff. Das Interview führte Joachim Pampel.

● „info links“: Welche Kompetenzen haben die Bezirke im gegenwärtigen Berliner Schulsystem?

● **M. Räßler-Wolff:** Wir bezahlen die Sanierungen und sind für Lehr- und Lernmittel zuständig. Die Schulaufsichtsbeamten der Senatsverwaltung bestimmen über das Lehrer- und Erzieherpersonal und über Unterrichtsinhalte. Das ist eine unselbige Trennung, die überwunden werden muss!

Die Senatsverwaltung legt die Klassenstärken und Mindestanmeldezahlen für die Grund- und Oberschulen fest. Das Schulgesetz verlangt u.a. die jährliche Bildung von drei 7. Klassen mit jeweils 30 Schülern an jedem Gymnasium.

● „info links“: Wie stattet der Senat die Bezirke zur Lösung ihrer schulpolitischen Aufgaben aus?

● **M. Räßler-Wolff:** Wir erhalten ein Budget. Es setzt sich aus Mitteln pro Schüler und dem so genannten Median (Durchschnittswert aller Bezirke) zusammen. Wie hoch der tatsächliche Ausgabebedarf für Schulgebäude, Sanierungen, Bewirtschaftung (u.a. Heizung, Reinigung), für Hausmeister und Sekretärinnen ist, interessiert in der Senatsverwaltung nicht. 2004 erhielt Lichtenberg z. B. 23,1 Mio. Euro – 30 Mio. wurden benötigt, um die Gebäude zu bewirtschaften. Der Bezirk hat 6,9 Mio. dazugegeben!

2005 wurden 20,7 Mio. zugewiesen – 2,8 Mio. wurden durch uns zugeschossen.

2006 erhalten wir bei 18,9 Mio. Bedarf nur 15,7 Mio. Wir müssen also 3,2 Mio. zubuttern.

In diesen drei Jahren steckte Lichtenberg insgesamt 12,9 Mio. Euro mehr in seine Schulen, als er vom Senat erhielt – das nenne ich „Vorfahrt für Bildung“ in Lichtenberg!

● „info links“: Kann sich der Bezirk noch wohnortnahe Grundschulen leisten?

● **M. Räßler-Wolff:** Damit unsere jüngsten Schülerinnen und Schüler keine weiten Wege haben, leisten wir uns viele Grundschulen und Filialen. Wir leisten uns Grundschulen mit nur einer 1. Klasse und solche, in denen Horträume und Unterrichtsräume getrennt sind, in denen es großzügige Freizeitbereiche gibt, in denen es großzügige Freizeitzonen gibt. Wir leisten uns in Lichtenberg genau das, was eine gute Schule ausmacht. So wird z. B. die Martin-Niemöller-Grundschule Am Breiten



Foto: Pressestelle BA

Michael Räßler-Wolff

Luch im nächsten Jahr wieder nur eine 1. Klasse haben. Und ich denke nicht daran, diesen Standort aufzugeben, die Kinder in die Randow-Grundschule und damit zweimal am Tag über die Pablo-Picasso-Straße zu schicken. Auch die Schule am Wäldchen ist keine Alternative, die Falkenberger Chaussee müsste zweimal am Tag überquert werden.

Ich denke vielmehr daran, dass die Martin-Niemöller-Grundschule künftig mit der benachbarten Lernbehindertenschule Am Breiten Luch eine Kooperation eingeht, so dass der Grundschulzug erhalten bleiben kann.

Das ist keinesfalls Standard in Berlin – wir leisten es uns in Lichtenberg, und dazu stehe ich als Bildungsstadtrat auch weiterhin.

● „info links“: Steht den Oberschülern weiterhin ein Schulplatz ihrer Wahl zur Verfügung?

● **M. Räßler-Wolff:** Ja. Wir sichern, dass jeder junge Lichtenberger auch eine Oberschule seiner Wahl in Lichtenberg besuchen kann, ob Hauptschule, Realschule, Gesamtschule oder Gymnasium.

● „info links“: Wie wirken sich die zurückgehenden Anmeldungen aus?

● **M. Räßler-Wolff:** Es ist richtig, dass Lichtenberg immer weniger Oberschüler hat und auch künftig haben wird. Gegenwärtig beginnen 1 100 junge Menschen, in Lichtenberger

Oberschulen zu lernen. Gleichzeitig beenden 2 700 ihre Ausbildung. Im Jahre 2008 werden nur noch ca. die Hälfte (6 000) der Schülerinnen des Jahres 2003 (11 500) in unseren Oberschulen lernen.

Seit 3 Jahren hat keines der 3 Gymnasien in Karlshorst und Friedrichsfelde die notwendigen Anmeldungen für drei 7. Klassen erreicht; in Hohenschönhausen-Nord reichen die Oskar-Schindler-Schule und die Fritz-Reuter-Schule aus, um vierzehn 7. Klassen aufzunehmen – im vergangenen Jahr waren es Schülerinnen und Schüler für sieben (!), in diesem Jahr für sechs (!) 7. Klassen.

Besonders hier zeigt sich: Weniger Lernende an einer Schule bedeuten weniger Lehrer und weniger pädagogische Angebote. Deshalb müssen Schulstandorte geschlossen werden. Aber – Bildung behält weiterhin Priorität in unserem Bezirk: Deshalb wollen wir eine ausgewogene regionale Verteilung der Oberschulstandorte und den Erhalt von pädagogischen Schulprofilen gewährleisten. Und wir ziehen die Fusion „auf gleicher Augenhöhe“ einer einseitigen Aufhebung von Schulen vor.

Alles ist rechtens

Der zuständige 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg hat am 25. Juli in zweiter Instanz die Beschwerde der Eltern und Schüler des Lichtenberger Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasiums zur Fusion dieses Gymnasiums mit dem Immanuel-Kant-Gymnasium zum 1. August 2006 verhandelt. Nach Meinung des Gerichts sei die Entscheidung des Bezirksamts, das Coppi-Gymnasium und das Kant-Gymnasium an dessen Standort Lückstraße 60–63 zusammenzuführen, nicht zu beanstanden. Alle zuständigen Gremien konnten sich ausreichend hierzu äußern.

Die Fusionsentscheidung des Bezirksamts habe die beteiligten Interessen gerecht abgewogen. Die Fusion sei durch den deutlichen Rückgang der Anmeldezahlen im Gymnasialbereich begründet, gewährleiste aber anders als bei Aufhebung einer Schule die Fortführung der vorhandenen Schulprofile und Bildungsangebote ... Die zusätzlichen Erwägungen größerer Raumkapazität und besserer Verkehrsanbindung des Schulgebäudes in der Lückstraße sowie einer künftigen Nutzbarkeit der in der Nähe befindlichen Max-Taut-Aula nach ihrer Sanierung als Spiel- und Auführungsstätte seien frei von Abwägungsmängeln. (Beschluss vom 25. Juli 2006 – OVG 8 S 92.05) M.W.



Bürgerentscheid

Am 17. September werden alle wahlberechtigten Lichtenberger neben ihrer Stimmabgabe für die Zusammensetzung von Abgeordnetenhaus und BVV erstmals auch in einer kommunalpolitischen Sachfrage direkt entscheiden. Es geht um die Zukunft der Gymnasien in Lichtenberg-Süd. Darüber soll jeder Lichtenberger Haushalt durch einen Brief des Bezirksamtes informiert werden. Seit 2004 erreicht keines der drei dort ansässigen Gymnasien die notwendigen Anmeldungen, wie sie das Berliner Schulgesetz zur Bildung von drei 7. Klassen an jedem Standort vorschreibt.

Statt nun z. B. das Gymnasium mit den geringsten Anmeldezahlen einfach ersatzlos zu schließen, wirbt die Linkspartei.PDS für eine Fusion, die alle bisherigen Profile erhält. Kant- und Forster Gymnasium unterstützen ausdrücklich diese Alternative. Der Bürgerentscheid stellt vor allem zwei Fragen:

1. Bleibt der Römerweg 30/32 weiterhin alleinige Adresse des Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasiums? (Bürgerbegehren des Coppi-Gymnasiums)
2. Soll in den nächsten Jahren eine gleichberechtigte Fusion von Kant- und Coppi-Gymnasium am Standort Lückstraße vollzogen werden und findet ab 2010 ein Umzug des Forster-Gymnasiums aus der Dolgenseestraße in den Römerweg statt? (Vorlage der BVV)

Dr. Bernd Ihme, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei.PDS sagte dazu: „Wir sind froh, dass jetzt die Alternative für jeden Bürger auf der Hand liegt. Wir fürchten diesen Bürgerentscheid nicht und werden ihn akzeptieren, gleichwie er ausgeht.“ *Joachim Pampel*

Briefwahl ab 7. August

Alle Bürgerämter des Bezirks sowie das Bezirkswahlbüro in der Egon-Erwin-Kisch-Straße 106 nehmen ab dem 7. August Anträge auf Wahlscheine entgegen und geben die Briefwahlunterlagen aus. Diese sind für Lichtenberger Bürger besonders umfangreich: Neben den Wahllisten für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung sowie dem Stimmzettel zum Volksentscheid über die Änderung der Berliner Verfassung kommt noch das Volksbegehren zur Coppi-Schule hinzu. **Bitte den Ausweis oder Pass nicht vergessen!**

Die Wahlbenachrichtigungskarten werden ab 2. August verschickt. *M. W.*

Volksabstimmung

Am Wahlsonntag (17. September) werden nicht nur Abgeordnete und Verordnete gewählt, erstmals wird auch eine Änderung der Berliner Verfassung zur Abstimmung vorgelegt. Sie betrifft Regelungen zu Volksbegehren und Volksentscheid in den Artikeln 62 und 63 der Verfassung von Berlin. Ihr Ziel ist die Stärkung der direkten Demokratie.

Und das ändert sich, wenn die Wählerinnen und Wähler der Änderung mehrheitlich zustimmen:

- Der Kreis der Themen, über die abgestimmt werden kann, wird erweitert. Mit Kosten verbundene Entscheidungen sind dabei nicht von vornherein ausgeschlossen.
- Für ein Volksbegehren wird die Zahl der notwendigen Unterschriften gesenkt (nur noch 20000) und die Frist dafür auf vier Monate verdoppelt. Das Volksbegehren muss von 7 statt bisher 10 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt werden.

- Beim Volksentscheid wird die Mindestbeteiligung gesenkt. Der Entscheid gilt künftig als angenommen, wenn die Mehrheit zustimmt und diese Stimmenzahl gleichzeitig mindestens einem Viertel der Wahlberechtigten entspricht.
- Wer das Abgeordnetenhaus vorzeitig auflösen will, braucht dazu mindestens 50000 Unterschriften. Das Begehren kommt zustande, wenn mindestens ein Fünftel der Wahlberechtigten innerhalb von vier Monaten zustimmen. Der darauf folgende Entscheid wird wirksam, wenn sich mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten daran beteiligt und mit Mehrheit zustimmt.
- Volksbegehren zur Verfassungsänderung: Mindestens 50000 gültige Unterschriften. Danach müssen binnen vier Monaten mindestens ein Fünftel der Wahlberechtigten zustimmen, von denen eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Teilnehmer und zugleich mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten zustimmen muss. *M. W.*



Foto: Joachim Pampel

Über die Wahl hinaus

Es ist eine Binsenweisheit, dass politische Entscheidungen immer Freunde und Feinde finden. Die Gewinner und Verlierer, der politische Gegner, die Medien und nicht zuletzt die nachfolgenden Generationen werden alle zu einem anderen Ergebnis gelangen. Als verlässliches Kriterium bleiben einzig die Zahlen, die an jedem Wahlsonntag zustande kommen: das demokratische Diktat der Mehrheit. Das Schielen auf das nächste Wahlergebnis wird zum Lebenselixier des Politikers.

Auch wir als Linke.PDS, ich als Verordneter und Teil dieser Fraktion werden am Wahlergebnis gemessen. Trotzdem lehnen wir jegliche Art von Klientelpolitik ab, die sich ein-

Sommerklausur der BVV-Fraktion

zig und allein daran ausrichtet, ob sie geeignet ist, der eigenen Partei ein paar Stimmen mehr zu bringen oder Stimmenverluste zu vermeiden. Auch wenn uns das aufgeregte Debatten von Betroffenen beschert und vielleicht kurzfristig die eine oder andere Wählerstimme kostet.

Gerade als „Jung-Politiker“ meine ich, dass in Verantwortung vor den kommenden Generationen dieses Land und dieser Bezirk eine Politik brauchen, die über die nächste Wahl hinaus denkt, damit die Entscheidungen von heute nicht zu den Problemen von morgen werden.

*Christian Petermann,
Bezirksverordneter der Linkspartei.PDS*

So sehe ich das!

Entscheidungen zu kritisieren ist das Privileg derer, die sie nicht zu verantworten haben. Unsere V. Legislaturperiode hat das schlagend bewiesen. Mit einem verständnislos-amüsierten Kopfschütteln denke ich z. B. noch immer an den geschlossenen Auszug der „Opposition“, als es um die Bebauung an der Trabrennbahn ging.

Nun stehen wir in der Debatte um zukunftsfähige Schulen. Und wieder wird heftig attackiert, werden Entscheidungen verrissen. Leben ist Dynamik, ist Bewegung. Und Entscheidungen, einmal gefasst, müssen sich im Leben bewähren. Und sie sind veränderbar. Darum hatten wir auch nie Furcht, uns zu entscheiden. Liegendebliebene Probleme sind die Probleme der Zukunft.

Für die Schwerbehindertenschulen müssen z. B. jetzt Lösungen ohne Wenn und Aber gefunden werden. Es ist auch höchste Zeit, sich mit der Umsetzung des Seniorenbeteiligungsgesetzes zu befassen. Damit habe ich schon zwei meiner künftigen Tätigkeitsfelder abgesteckt. Ein drittes ist die Entwicklung der demokratischen Teilhabe aller Menschen Lich-



Foto: Martin Walter

Jürgen Steinbrück, für die Linke in der BVV

tenbergs. Der Bürgerhaushalt 2008 und die kluge Nutzung der eingeführten basisdemokratischen Elemente werden künftig die Lichtenberger Politik bestimmen. Dafür gibt es viel zu tun! Packen wir's an! *Jürgen Steinbrück*

Da will ich mitwirken!



Foto: Joachim Pempel

Künftig will ich mich für die Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes, für eine Gesundheitskonferenz als ständiges Gremium engagieren und dafür, dass jedes Kind, jeder Schüler, unabhängig vom Geld der Eltern, an der Gemeinschaftsvorsorgung mit Mittagessen teilnehmen kann. Außerdem interessieren mich die Beschäftigungspolitik und die Ausbildung junger Leute. *Ingrid Schilde, Verordnete der Linkspartei.PDS*



„Gemeinsam in Lichtenberg“: Der Titel ist Programm. Wer wissen möchte, was die Linkspartei.PDS in Lichtenberg so alles auf den Weg gebracht hat, kann das in dieser Broschüre der Fraktion nachlesen. Sie ist bei der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Lichtenberg, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin, erhältlich.

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 12.8., 10–13 Uhr**
Kiezspaziergang Rummelsburger Bucht, mit Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich; Treffpunkt: Hauptstraße 4
- **Dienstag, 15.8., 18.30 Uhr**
Forum mit Kandidaten zum Abgeordnetenhaus und zur BVV, u. a. mit Senator Harald Wolf; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Mittwoch, 16.8., 19 Uhr**
Wählerforum mit Christina Emmrich; Turnhalle Rosenfelder Ring
- **Sonnabend, 19.8., 16 Uhr**
100 Jahre KGA „Paradies“, Fischerstraße
- **Sonntag, 20.8., 15 Uhr**
Wahlveranstaltung mit Aussiedlern, mit Petra Pau, Gesine Löttsch, Christina Emmrich und Uwe Klett; Havemannplatz
- **Mittwoch, 23.8., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Freitag, 25.8., 15–20 Uhr**
Sommerfest von Vereinen und dem Bundestagsbüro von Gesine Löttsch; Ahrenshooper Straße 5
- **Montag, 28.9., 19 Uhr**
Bürgerforum zur Gesundheitsreform, mit Steffi Schulze, Ingeborg Simon, Wolfgang Albers; Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Donnerstag, 31.8., 17.30 Uhr**
Sommerfest, Trabrennbahn Karlshorst
- **Donnerstag, 31.8., 18.30 Uhr**
Der Bürgerverein Karlshorst lädt Direktkandidaten ein; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee
- **Sonnabend, 2.9. 10 Uhr**
Sportfest des SC Berlin; Sportforum Berlin
- **Sonnabend, 2.9. 10 Uhr**
Armutskonferenz, mit Steffi Schulze; dfb Sozialwerk, Hagenstraße 57
- **Sonnabend, 2.9. 14 Uhr**
Familienfest; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Montag, 4.9., 19 Uhr**
Bürgerforum, mit Steffi Schulze und Christina Emmrich; Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Dienstag, 5.9., 18.30 Uhr**
Bürgerforum, mit Christina Emmrich; Georg-Forster-Gymnasium, Dolgensee-Straße 60
- **Mittwoch, 6.9., 18 Uhr**
Buchlesung mit Toralf Staud, Gesine Löttsch und Steffi Schulze zum Rechtsextremismus; Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38

Zur Wahl gewählt

Wahlkreis 1:

Stadt der Frauen

Evrin Baba (35, Dolmetscherin, MdA) ist frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus. Dank ihrem Engagement nimmt die Gleichstellung in Berlin – trotz aller Attacken dagegen – einen hohen Stellenwert ein. Viele spezielle Förderwege wurden erschlossen, das soll stabilisiert werden. Im Wahlkreis sieht sie ihre wichtigste Herausforderung darin, das Miteinander der Menschen – besonders das Zusammenleben von Menschen mit und ohne deutschen Pass und namentlich im Welsekiez – zu befördern.

● Telefon: 2325 2559 oder 0172-3925 8702

Wahlkreis 2:

Stadt der Demokratie und Bürgernähe

Die bezirklichen Bürgerentscheide, das kommunale Wahlalter ab 16 Jahre, Fortschritte bei einer bürgerorientierten Dienstleistungsverwaltung, ein Fußgängerweg und eine Ampelanlage sowie die Bildung von zwei Kiezbeiräten im Wahlkreis sind Zeugnisse der politischen Verantwortung von Dr. Peter-Rudolf Zotl (61, Politikwissenschaftler, MdA). Das kommunale Wahlrecht für Einwohner ohne deutschen bzw. EU-Pass sowie den Abbau der übermäßigen Verkehrsbelastung im Dorf Malchow will er in der nächsten Wahlperiode vorrangig befördern.

● Telefon: 2325 2553 oder 0151-1560 2356

Wahlkreis 3:

Stadt der ökologischen Vernunft

Dafür steht Marion Platta (45, Bauingenieurin). Die bisherige Ausschussvorsitzende für Stadtentwicklung in der Bezirksverordnetenversammlung hat sich bislang bereits für eine ökologisch nachhaltige Bau- und Verkehrsgestaltung im Bezirk Lichtenberg eingesetzt. Im Abgeordnetenhaus will sie das auf die ganze Stadt ausdehnen. Schwerpunkte im Wahlkreis sind der Erhalt und die Sicherung der Kleingartenanlagen sowie der Naturanlagen im Krankenhaus Herzberge sowie eine zügige, aber nachhaltige Ansiedlung von IKEA in der Landsberger Allee.

● Telefon: 971 61 63 oder 0170-698 92 55



Nicht mehr dabei: Die Gesundheitspolitikerin Ingeborg Simon (rechts) und die Expertin für Flüchtlingspolitik Karin Hopfmann (beide seit 1995 im AGH) haben sich nicht mehr um eine Kandidatur beworben. Wir danken ihnen herzlich für ihre Arbeit.

Wahlkreis 4:

Soziale Stadt

Dr. Stefanie Schulze (48, Historikerin, MdA) ist Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Landesparlament. Sie hat sich besonders um den Schutz der Hartz-IV-Empfangenden sowie um die landesweite Absicherung von Selbsthilfe- und nachbarschaftlichen Strukturen verdient gemacht. Auch künftig soll Berlin eine Stadt sozialer Ausgewogenheit sein, in der die Starken mehr und die Schwachen wenig zu tragen haben. Im Wahlkreis will sie, dass sich möglichst viele Schulen ihrem Umfeld öffnen und alle Seiten davon profitieren.

● Telefon: 2325 2580 oder 0163-717 89 90

Wahlkreis 5:

Multikulturelle und tolerante Stadt

Giyas Sayan (51, Sozial- und Betriebswissenschaftler, MdA) hat sich um Migration und Integration verdient gemacht. Berlin verfügt heute über ein Integrationskonzept, das sich über die gesamte Stadtpolitik erstreckt. Hier

herrscht ein hohes Maß an Toleranz und Liberalität, die Zahl der Abschiebungen ist um zwei Drittel zurückgeschraubt worden. In seinem Wahlkreis will Giyas Sayan weiter intensiv daran arbeiten, dass der rechte Einfluss z. B. im Weitlingkiez zugunsten der couragierten und multikulturellen Zivilgesellschaft eingedämmt wird.

● Telefon: 2325 2597 oder 0171-703 01 63

Wahlkreis 6:

Stadt der Arbeit

Harald Wolf (49, Politikwissenschaftler, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen) ist der bekannteste Berliner PDS-Politiker. Er hat die Wirtschaft von viel Bürokratie befreit sowie leistungsstarke Anlaufstellen für Unternehmen geschaffen. Berlin ist zu einem Zentrum für moderne Technologien, der Medien- und Unterhaltungsbranche geworden. Seine wichtigste Aufgabe sieht er darin, durch die Zusammenführung aller Fördermittel nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitsplätze – darunter im besonderen Maße für Frauen – zu finanzieren.

● Telefon: 9013 8100 bzw. 9013 7430 (persönlicher Referent)

Klare Bilanz: versetzungsgefährdet

Kernsätze aus der Rede von MdB Dr. Gesine Lötzsch zum Bundeshaushalt

● Am 4. Juli gab es an den Berliner Schulen Zeugnisse und die Empfehlung für die weiterführenden Schulen. Nach diesen Haushaltsberatungen komme ich zu dem Schluss: Diese Bundesregierung ist stark versetzungsgefährdet. Eine Empfehlung für die gymnasiale Oberstufe würde wohl kein Regierungsmitglied erhalten, wenn die Wähler entscheiden könnten.

● Die Bundesregierung war von den Wählern beauftragt, die Arbeitslosigkeit zu senken. Diese Aufgabe hat sie nicht erfüllt. Sie hat sich einfach andere Aufgaben gesucht, die ihr keiner gestellt hat, zum Beispiel das SGB-II-Optimierungsgesetz.

● Herr Müntefering hat es als seine Aufgabe angesehen, die Kosten für Hartz IV zu senken – auf Kosten der Arbeitslosen. Man kann die Menschen noch so drangsaliieren und pie-sacken, sie werden keine Arbeitsplätze bekommen, wenn es nicht ausreichend Arbeitsplätze gibt. Herr Müntefering hat im Wahlkampf über Frau Merkel geäußert: „Sie kann es nicht.“ Heute müssen wir feststellen: Er kann es auch nicht.

● Der jetzige Finanzminister hebt die Mehrwertsteuer ab dem 1. Januar 2007 um 3 Prozentpunkte von 16 auf 19 Prozent an – die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik und ein Griff in die Taschen der kleinen Leute. Pro Prozentpunkt will der Finanzminister 8 Milliarden Euro einnehmen. Komischerweise wird die geplante Unternehmensteuerreform dieses Ministers die Steuerzahler ebenfalls 8 Milliarden Euro kosten. Das heißt, die Einnahmen aus einem Prozentpunkt Mehrwertsteuererhöhung fließen direkt an die Unternehmen.

● Der Finanzminister hat angekündigt, dass er Herrn Tiefensee in Zukunft 100 Millionen Euro für den Aufbau Ost wegnehmen will. Es ist richtig: Mittel, die für Investitionen gedacht sind, sind in den konsumtiven Bereich geflossen, allerdings um die Erfüllung von Pflichtaufgaben der Länder und Kommunen abzusichern. Der Osten verbubelt das Geld nicht. Die Steuereinnahmen der neuen Länder und der Gemeinden in Ostdeutschland sind im Vergleich zu denen in den alten Ländern so niedrig, dass man dort nicht einmal mehr seine Pflichtaufgaben erfüllen kann.

Ich bin zu erreichen:

● Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist hier erreichbar: ☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro) oder 9927 0725 (Wahlkreisbüro)

● Sprechstunden:

Dr. Gesine Lötzsch wie auch die Mitglieder des AGH bieten im Sommer Termine nach Vereinbarung an.

Sehr gern diskutiere ich in Einwohner- und Basisberatungen über aktuelle politische Fragen, über meine Arbeit, über Lichtenberg sowie über unsere Parteientwicklung. **Ladet mich ein!**

● Es gibt einen Erfolg, mit dem sich Herr Tiefensee gerne schmückt: Das ist die Angleichung des Ostniveaus des Arbeitslosengeldes II an das Westniveau. Allerdings muss dieser Erfolg gerechterweise den Hartz-IV-Demonstranten zugestanden werden, die bei Wind und Wetter jeden Montag auf die Straße gegangen sind, um gegen diese Ungerechtigkeit zu demonstrieren. Ihnen gebührt meine Hochachtung.

● Der Finanzminister und die Familienministerin wollen jedes Jahr 3,9 Milliarden Euro Erziehungsgeld zahlen. Es wird immer wieder gern erklärt, dass nur diejenigen Geld bekommen sollen, die es dringend brauchen und sich selbst nicht helfen können. Da stimme ich zu. Doch beim Erziehungsgeld ist es genau umgekehrt: Die Mütter, die auf das Erziehungsgeld angewiesen sind, bekommen weniger; die Mütter, die es nicht unbedingt brauchen, bekommen mehr. Bisher begann die Sozialauswahl in unserem Land erst nach der Grundschule. Die Familienministerin will die Sozialauswahl schon vor der Geburt treffen. Das ist wirklich erschreckend.

● Wenn die ganze Bundesregierung versetzungsgefährdet ist, muss man sich auch einmal die Frage stellen, was die Lehrer denn falsch gemacht haben; nehmen wir einmal den Wirtschaftsweisen Rürup. Egal welche Regierung wir haben: Die falschen Konzepte kommen immer aus den gleichen Häusern. Wie lange noch dürfen diese nicht gewählten Experten ihre falschen Konzepte verkaufen?



Foto: Martin Walter

Gesine Lötzsch, Oskar Lafontaine (links) und der Botschafter der Republik Kuba, Gerardo Peñalver, beim Sommerfest der Lichtenberger Linkspartei am 16. Juni 2006



Buch-Tipp



Alternativ? Oder nicht?

Erneut schauen DDR-Diplomaten in den „Rückspiegel“ ihres politischen Wirkens in der Vergangenheit. Wieder hat sich Ingrid Muth der Mühe unterzogen, Protokolle aus Diskussionen in der Geschichtswerkstatt des „Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.“ aufzuzeichnen und mit Hilfe von Siegfried Bock und Herman

Schwiesau drucken zu lassen. Wie schon im ersten Band werden auch hier von ehemaligen DDR-Botschaftern und Politikwissenschaftlern Lebenserfahrungen und Erfahrungen über ihre Tätigkeiten in Polen, der ČSSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien sowie Äthiopien und Namibia weitergegeben. Besondere Schwerpunkte dieses Buches sind die Mitgliedschaft der DDR in der UNO und ihren Spezialorganisationen, die UNESCO sowie die Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. *Franz-Karl Hitzte*

- Siegfried Bock, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau: **„Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel (II)“**, LIT-Verlag Berlin 2006, Paperback, 257 Seiten, 24,90 €, ISBN 3-8258-9278-6

Einschulungsfeste

Im vergangenen Jahr hat die Linkspartei.PDS erfolgreich ein fröhliches Einschulungsfest in der Anna-Seghers-Bibliothek initiiert. Ein solches Fest soll nun in allen Lichtenberger Bibliotheken für die ABC-Schützen stattfinden. „Um die Leser von morgen kann man sich gar nicht früh genug kümmern“, meint Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch.

Die Linkspartei.PDS will mit diesen Festen helfen, einen ersten Kontakt zwischen den Schülern und der Bibliothek herzustellen, den die Kinder mit Freude erleben sollen. Am Tag der Einschulung bekommen sie die Einladung dazu überreicht. Zwei, drei Wochen später findet dann das Fest in der Bibliothek in ihrer Nähe statt. Dabei gibt es für Kinder und Eltern Lesungen, Bibliotheksführungen, Basteln, Spielen, Musik.

Die Feste stehen unter der Schirmherrschaft von Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich und werden organisatorisch von Gesine Löttsch in enger Kooperation mit den Bibliotheken unterstützt.



Foto: Jörg Rückmann

Die jährliche „Fiesta de Solidaridad“ in der Parkaue: Höhepunkt war das Konzert mit Gerardo Alfonso und La Guerrilla Musical.

Kultur im Bezirk

Viele Kultureinrichtungen haben Sommerferien oder sind zu Gast in andere Spielstätten. Deshalb müsste unsere Rubrik diesmal eigentlich „Kultur aus dem Bezirk“ heißen.

- Das Theater Karlshorst präsentiert den „Oranienburger Operettensommer 2006“. Alle Veranstaltungen finden in der Orange-rie im Schloßpark Oranienburg statt:
 - **Sonnabend, 12.8., 17 Uhr** „Die schöne Galathee“, Gala nach der Operette von Franz von Suppé
 - **Sonntag, 13.8., 17 Uhr** „Maske in Blau“, Operette von F. Raymond
 - **Sonnabend/Sonntag, 19./20.8., 17 Uhr** „Die Csardasfürstin“, Operette von Emmerich Kalman
 - **Sonnabend/Sonntag, 26./27.8., 17 Uhr** „Wiener Blut“, Operette von J. Strauß
- **Mittwoch, 16.8., 20.30 Uhr** (Premiere) Sommertheater: Das „Theater an der Parkaue“ spielt im Innenhof der Humboldt-Universität: „Die Oper als Schauspiel: Der Freischütz“, von Friedrich Kind nach einem Volksbuch von Johann August Apel, weitere Termine und Kartenvorbestellungen unter Telefon: 5577 5252
- **Freitag, 25.8., 20–22 Uhr** Rathauskonzert; Innenhof Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Sonnabend, 26.8., 12–18 Uhr** 3. Lichtenberger Chorsommer 2006, Freilichtbühne Prerower Platz (open air), **19.30 Uhr**: Abschlusskonzert; Kirche Wartenberg, Falkenberger Chaussee 93
- **Sonntag, 3.9., 16 Uhr** Eröffnung der neuen Spielzeit im Theater Karlshorst mit dem Galakonzert „O sole mio – canzone de amore“; Treskowallee, S-Bhf. Karlshorst, Kartenvorbestellungen unter Telefon: 2016 5968

„Juli im August '06“

Zum Kinder- und Familienfest „Juli im August '06“ laden der Verein pro sozial e.V. und die JULI gGmbH (Jugendhilfe in Lichtenberg) für Freitag, den **25. August**, in die Volkradstraße 4 ein. Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich eröffnet das Fest um 15 Uhr. Es ist der Höhepunkt des diesjährigen Tages der offenen Tür, den die Träger Albert-Schweitzer-Kinderdorf Berlin e.V., pro sozial e.V. und die JULI gGmbH mit Unterstützung vom Verein Miteinander Wohnen und weiteren Akteuren gemeinsam veranstalten.

info links

Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 6/06: 31.7.2006

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 7/06:

Dienstag, 8.8., Mittwoch 23.8.2006, jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 22.8.2006

Die nächste Ausgabe erscheint am 7.9.2006.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann
Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.